

II- 78 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 61/13

1987 -02- 2 4

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. GUGERBAUER, PRAXMARER
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Fluorschädigungen durch die Aluminiumproduktion
der AMAG in Ranshofen

Ein wichtiges Argument der Betreiber des neuen Elektrolyseprojektes in Ranshofen lautet, daß die derzeitige Aluminiumherstellung mit sehr hohen Schadstoffemissionen verbunden ist. Insbesondere der hohe Fluorausstoß führt schon seit Jahren zu gravierenden Waldschäden, doch zeigen in der Umgebung der Fabrikanlage auch Obstbäume, Boden- und Silageproben, Rinderknochen und -zähne sowie Knochen und Körperflüssigkeiten von dort lebenden und arbeitenden Menschen erhöhte Fluorwerte.

Gegen die Errichtung einer neuen Elektrolyseanlage werden von namhaften Wirtschaftswissenschaftlern gravierende Argumente ins Treffen geführt. Überdies läßt die größere Dimension der neuen Anlage eine tatsächliche Reduktion der Gesamtemissionen zumindest fraglich erscheinen. Ob das derzeitige Werk bei Nichterrichtung der neuen Elektrolyse zu vertretbaren Kosten auf schadstoffarme Produktion umgerüstet werden kann, konnte bis dato nicht schlüssig bewiesen werden.

Da weder vorübergehende noch dauernde Gesundheitsbeeinträchtigungen und Gesundheitsschädigungen der dort lebenden und arbeitenden Menschen ausgeschlossen werden können, müßte der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz darauf dringen, daß die AMAG die Fluoremissionen rasch und gründlich reduziert. Außerdem müßten vorbeugende und begleitende Maßnahmen zum Schutze bzw. Wiederherstellung der menschlichen Gesundheit gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

A n f r a g e

1. Sind Ihrem Ressort Fälle von vorübergehenden oder dauernden Gesundheitsbeeinträchtigungen und Gesundheitsschäden bekannt, die auf Fluoremissionen zurückzuführen sind ?
2. Welche gesundheitspolitischen Maßnahmen hat Ihr Ressort bisher ergriffen, um die Bevölkerung von Ranshofen/Umgebung vor den erhöhten Fluoremissionen der AMAG bestmöglich zu schützen ?
3. Welche Schutzmaßnahmen sind für die Arbeitnehmer dieses Betriebes vorgesehen ?